



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

7/SN-257/ME

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 920.757/2-II/A/6/86

Präsidium des Nationalrates

1010 Wien

Betrifft	GESZENTWURF
Zl.	42 - GE 9 86
Datum:	20. JUNI 1986
Verteilt	20. JUNI 1986

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Karner

2457

St. Nass & Partner

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Versiche-
rungsaufsichtsgesetz und das Körperschaftssteuergesetz
geändert werden;
Begutachtung

In der Anlage werden 25 Kopien der ho. Stellungnahme zu dem oben
angeführten Gesetzesentwurf übermittelt.

Beilagen

18. Juni 1986
Für den Bundesminister
DUBA

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Spindl



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 920.757/2-II/A/6/86

Bundesministerium für
Finanzen

1015 Wien

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Karner

2457

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Versiche-
rungsaufsichtsgesetz und das Körperschaftssteuergesetz geändert werden;
Begutachtung

Zu dem oben angeführten Gesetzesentwurf nimmt das BKA - Sek-
tion II wie folgt Stellung:

Gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Versiche-
rungsaufsichtsgesetz und das Körperschaftssteuergesetz geändert
werden, bestehen aus der Sicht der Planstellenbewirtschaftung
Bedenken.

Aus dem Vorblatt des Entwurfes ist zu entnehmen, daß der Perso-
nalbedarf dieses Gesetzesvorhabens mit mindestens fünf zusätz-
lichen Planstellen der Verwendungsgruppen A und B geschätzt wird.

Da in den Erläuterungen keine näheren Details des geschätzten
Personalmehrbedarfes enthalten sind, ist anzunehmen, daß es sich
diesfalls um eine prophylaktische Globalgröße handelt, der keine
kalkulatorischen Berechnungen zugrunde gelegt wurden.

- 2 -

Auch aus den Detailerläuterungen der einzelnen Bestimmungen ist aus der Sicht der Planstellenbewirtschaftung weder der vom Bundesministerium für Finanzen angemeldete quantitative noch der qualitative Personalmehrbedarf ableitbar.

Unter einem werden 25 Kopien der ho. Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

18. Juni 1986
Für den Bundesminister:
DUBA

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

